

Ausschuss für Inneres und Sport

(70. - öffentliche - Sitzung am 5. November 2015)

Beratungsthemen:

Außerhalb der Tagesordnung

Der Ausschuss nahm als Beginn für seine für den 3. Dezember 2015 vorgesehene Sitzung 9 Uhr in Aussicht.

Ferner kam der Ausschuss überein, am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes zu prüfen, inwieweit die Beratungen der vorliegenden Anträge zur Flüchtlingsthematik zusammengefasst werden können.

1. a) **Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2016 (Haushaltsgesetz 2016 - HG 2016 -)**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4093](#)
- b) **Mittelfristige Planung Niedersachsen 2015 - 2019**
Unterrichtung durch die Landesregierung - [Drs. 17/4163](#)

*Der Ausschuss behandelte den **Einzelplan 03** - Ministerium für Inneres und Sport - und den **Einzelplan 20** - Hochbauten - mit dem Kapitel 20 11, Titelgruppe 64/65, lfd. Nrn. 6 - 17. Er nahm die **Einbringung** durch den Innenminister entgegen und führte die **Allgemeine Aussprache**. Auf eine Einzelberatung verzichtete der Ausschuss. Ferner befasste er sich mit der **Mittelfristigen Planung 2015 – 2019**.*

Der Ausschuss schloss die Haushaltsberatung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU und der FDP ab.

Die Fraktionen behielten sich vor, im weiteren Beratungsverfahren Änderungsanträge bzw. -vorschläge zum Einzelplan 03 und zum Einzelplan 20 zu stellen.

2. **Entwurf eines Gesetzes über die Neubildung der Stadt Helmstedt, Landkreis Helmstedt**
Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/3698](#)

hier: Erörterung von Verfahrensfragen

Der Ausschuss verständigte sich darauf, eine Expertenanhörung zu dem Gesetzentwurf durchzuführen.

Als Termin hierfür verständigte er sich auf den 3. Dezember 2015.

Er bat die Sprecher der Fraktionen, den Kreis der Anzuhörenden am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes festzulegen.

3. **Die Landesregierung muss alle Forderungen der Kommunen zur Vereinfachung von Abschiebungen erfüllen!**
Antrag der Fraktion der CDU - [Drs. 17/4362](#)

Der Ausschuss bat die Landesregierung um Unterrichtung zu der Frage, wie derzeit Abschiebungen vorgenommen werden und wie sie nach Ansicht der Landesregierung künftig durchgeführt werden sollen.

Der Termin für die Unterrichtung soll in Absprache mit der Landesregierung am Rande des kommenden Plenarsitzungsabschnittes festgelegt werden.

4. Unterrichtung durch die Landesregierung über

- a) **Überlegungen und eventuelle Planungen zu Beschlagnahmungen von Wohnraum zur Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation**
- b) **den fehlgeschlagenen Versuch der Einrichtung einer Flüchtlingsunterkunft in einem Hotel in Goslar-Hahnenklee**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtungen entgegen und führte darüber eine Aussprache.